



Eine Gruppe palästinensischer Christinnen und Christen aus verschiedenen Kirchen und kirchlichen Organisationen hat sich im Dezember 2009 mit einem leidenschaftlichen Aufruf „Die Stunde der Wahrheit: Ein Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe aus der Mitte des Leidens der Palästinenser und Palästinenserinnen“ an die Öffentlichkeit gewandt. Das Dokument ist zunächst ein Aufruf an die Christinnen und Christen in Palästina und Israel, um gegen alle Resignation und allen Zynismus ein Zeichen der Hoffnung zu setzen. Darüber hinaus formulieren die christlichen Palästinenserinnen und Palästinenser auch ihre Erwartungen an die Solidarität der weltweiten Christenheit und wenden sich dabei ebenso an Muslime und Juden, an das palästinensische und israelische Volk.

Mit der Veröffentlichung des Dokuments als „Kairos-Papier“ stellen sich die Verfasserinnen und Verfasser in die Tradition vorausgegangener Kairos-Dokumente: 2000 „Kairos Indien – auf dem Weg zu einer egalitären, multireligiösen, multikulturellen, gerechten und menschlichen Gemeinschaft“, 1998 „Kairos Simbabwe – die Stunde der Wahrheit ist gekommen“, 1988 „Kairos Mittelamerika“ und 1985 das von schwarzen südafrikanischen Christinnen und Christen veröffentlichte „Kairos Dokument“. So unterschiedlich die Kontexte und Inhalte der Dokumente sind, so verbindet sie der Aufruf: Jetzt ist es Zeit zu handeln!

Das Zentrum Ökumene der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau sowie verschiedene Arbeitskreise, Konferenzen und Gruppen innerhalb der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) haben sich im christlich-muslimischen und jüdisch-christlichen Dialog mit der Situation in Palästina und Israel immer wieder auseinandergesetzt. In unserer Kirche gibt es viele Kontakte zu Gruppen und Einzelnen in beiden Gesellschaften, und wir ahnen etwas von dem Leid und den Schmerzen, von der Ohnmacht und den Hoffnungen der Menschen in der Region.

Eine Würdigung

Auf diesem Hintergrund sind wir dankbar für ein Dokument, das wider alle Hoffnungslosigkeit eine Stimme im Nahost-Konflikt erhebt, die die von Gott gegebene Würde und Einzigartigkeit eines jeden Menschen in den Mittelpunkt stellt (vgl. Punkt 8 des Dokumentes) und sich gegen jedwede Form einer Instrumentalisierung von Religion im politischen Konflikt ausspricht: „Deshalb darf keine Religion ein ungerechtes politisches System begünstigen und unterstützen, sondern sie muss vielmehr Gerechtigkeit, Wahrheit und Menschenwürde fördern. Sie muss alles tun, um politische Systeme, unter denen Menschen Unrecht leiden und die Menschenwürde verletzt wird, auf den rechten Weg zurückbringen.“ (3-4-3)

Wir sind tief berührt von dem Geist der Liebe, der Hoffnung und der Gewaltlosigkeit, von dem das Dokument getragen ist. Das ist nicht selbstverständlich. Wir unterstützen daher die Verfasserinnen und Verfasser in ihrem Bemühen um Frieden und Gerechtigkeit in Palästina und Israel, weil wir – wie sie – davon überzeugt sind, dass Unrecht und Gewalt und deren wechselseitige Legitimierung nicht dem Willen Gottes entsprechen.

Trotz all des vergangenen und gegenwärtigen Leids, dem Palästinenserinnen und Palästinenser ausgesetzt waren und sind, bekennen sich die Verfasserinnen und Verfasser des Dokumentes auch zur Versöhnungsbereitschaft und zu dem theologisch in der Liebe begründeten Verzicht auf jede Form von Rache und Vergeltung. Es sind nicht Worte des Zorns oder des Hasses, die das Dokument prägen, sondern Worte der Versöhnung und Gewaltlosigkeit. Diese konsequente Haltung ist nicht selbstverständlich und sie hat unsere höchste Wertschätzung.

Unser Kontext

Wir verfolgen die Entwicklungen in Palästina und Israel aus der Perspektive eines mitteleuropäischen Kontextes heraus, in besonderer Verantwortung gegenüber der schrecklichen Verfolgung und Ermordung europäischer Jüdinnen und Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und in der ökumenischen Verpflichtung für die vorrangige Option für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung. Auf diesem Hintergrund sind uns im Blick auf die theologische und politische Debatte um einzelne Inhalte, Positionen und Forderungen im Kairos-Dokument folgende Grundüberzeugungen wichtig:

- *Die bleibende Erwählung der Juden und Gottes Bund mit ihnen.* Im Jahre 1991 wurde nach einer langen theologischen Debatte mit überwältigender Mehrheit der Grundartikel unserer Kirchenordnung um folgenden Satz ergänzt: „Aus Blindheit und Schuld zur Umkehr gerufen, bezeugt sie (die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau) neu die bleibende Erwählung der Juden und Gottes Bund mit ihnen. Das Bekenntnis zu Jesus Christus schließt dieses Zeugnis ein.“ Damit steht für uns der Bund Gottes mit seinem Volk gleichwertig neben dem universellen Erlösungsgeschehen durch Jesus Christus und der Universalität seines Heilshandelns. Diese Spannung gilt es theologisch aufrechtzuerhalten und nicht zugunsten der Universalität des Heilshandelns Gottes aufzulösen.
- *Einhaltung der Menschenrechte.* Ungerechte Strukturen, die die Menschenrechte grundlegend einschränken (wie fortschreitende Landenteignungen und sich stetig reduzierende Bewegungsfreiheit – vielfach ohne Zugang zu den Heiligen Stätten in Jerusalem), stehen im Widerspruch zur Botschaft der erbarmenden Liebe Gottes gegenüber allen Menschen und können nicht akzeptiert werden. Die Menschenrechte stellen demgegenüber das Band dar, das alle Menschen über ethnische, politische oder religiöse Abgrenzungen hinaus verbindet und die deshalb jedem einzelnen Menschen Kraft seines Menschseins zustehen.
- *Zweistaatenregelung.* Durch einen Beschluss der UNO im November 1947 haben bis zum heutigen Tag ein israelischer wie ein palästinensischer Staat ihre völkerrechtlich verbindliche Legitimation erhalten. Das Völkerrecht ist wie das Menschenrecht für uns ein hohes Gut. Daher hat die Schaffung und Erhaltung eines demokratischen, lebensfähigen und unabhängigen Staates Palästina sowie die Anerkennung und Erhaltung eines demokratischen, lebensfähigen und unabhängigen Staates Israel oberste Priorität.
- Die Verfasserinnen und Verfasser des Dokumentes legen den Kirchen weltweit nahe, für „*Boykottmaßnahmen und den Abzug von Investitionen*“ (6-3) einzutreten, als friedliche Werkzeuge um Gerechtigkeit, Frieden und Sicherheit für alle zu erreichen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass dies von einigen Kirchen in der Ökumene unterstützt wird, unter anderem auch von unserer amerikanischen Partnerkirche UCC. Ein Boykott Israels erinnert uns in Deutschland aber an den Aufruf „Kauft nicht bei Juden!“ im Jahr 1933, der ein Teil der nationalsozialistischen Rassenideologie war. Ebenso ist zu bedenken, dass solche Boykottmaßnahmen einseitig den Staat Israel als Ursache für die ungerechte und instabile Situation in der Region identifizieren.

Diese Grundpositionen wollen wir gerne in den weiteren ökumenischen Dialog um das Kairos Palästina-Dokument einbringen und zugleich die Bitten der palästinensischen Christinnen und Christen um unsere Solidarität und unser Handeln angesichts des täglich erfahrenen Leides nicht unbeantwortet lassen.

Unsere Solidarität

Mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln wollen wir weiterhin Projekte, Initiativen und Gruppen fördern, die für einen gerechten Frieden in der Region eintreten. Dazu gehört:

- die Unterstützung aller, die sich auf der Grundlage der 4. Genfer Konvention für das Wohlbefinden und die Sicherheit der in Israel und Palästina lebenden Menschen einsetzen,
- die Förderung der Arbeit / Projekte von Friedensgruppen und Friedensaktivisten in Palästina und Israel,
- die Förderung der Begegnungen zwischen Christen, Juden und Muslimen aus Israel und Palästina,
- die Unterstützung von Besuchsprogrammen, die sich mit der Lebenssituation der Menschen in Palästina auseinandersetzen,
- die Sensibilisierung unserer Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen für die Situation palästinensischer Christinnen und Christen,
- die Unterstützung des Ökumenischen Begleitprogramms in Palästina und Israel (EAPPI – Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel) des Ökumenischen Rates der Kirchen.

Wir werden weiterhin gegen jegliche Verletzungen internationalen Rechts und der Menschenrechte protestieren, wie sie unter anderem durch die andauernde und fortschreitende Siedlungspolitik, die Trennmauer auf palästinensischem Gebiet, kollektive Bestrafungsmaßnahmen wie dem Boykott von Gaza und den Angriffen gegen israelische Zivilisten geschieht.

Wir fordern von Israel als Besatzungsmacht, seine Verantwortung für das Wohlbefinden der Bevölkerung in allen von ihr kontrollierten Gebieten wahrzunehmen. Dazu gehört, die Baugenehmigungen für die palästinensischen Einwohner in den besetzten Gebieten und insbesondere in Ostjerusalem zu gewähren und die Zerstörung palästinensischer Häuser aufzugeben.

Wir sind davon überzeugt, dass die Einstellung der Lieferung von Rüstungsgütern deutscher Herkunft in den Nahen Osten – wie von einem breiten Bündnis von Friedensgruppen in der Bundesrepublik gefordert – ein Schritt zur Entschärfung des Konfliktes ist.

Gemeinsam mit unseren Schwestern und Brüdern in Palästina bezeugen wir einen gütigen und gerechten Gott und teilen mit ihnen die Hoffnung, dass am Ende Seine Güte den Sieg über das Böse des Hasses und des Todes davontragen wird.

Frankfurt, im Februar 2011

OKR Pfr. Detlev Knoche, Leiter Zentrum Ökumene

Praunheimer Landstraße 206

D-60488 Frankfurt

detlev.knoche@zoe-ekhn.de